

Dipl.-Ing. Manfred Weber

Mitglied des Europäischen Parlaments, Vorsitzender der EVP-Fraktion im Europäischen Parlament, Brüssel

Hochwürdigster Herr Abt,
lieber Herr Landeshauptmann,
lieber Sebastian Kurz,
liebe Minister,
liebe Kolleginnen und Kollegen,

ein herzliches „Grüß Gott“ zunächst von meiner Seite und danke für die Einladung, dass Sie einen sozusagen aus dem Maschinenraum des europäischen Alltags, der europäischen Maschinerie in Brüssel mit eingeladen haben.

Als Vorsitzender der größten Fraktion im Europäischen Parlament – mit 220 Mitgliedern aus 27 Ländern – erlebt man europäische Politik im Alltag hautnah und deswegen danke Sebastian für die Einladung, dass ich auch einen Beitrag leisten darf.

Ich erlebe den Sebastian übrigens als jemanden, der die österreichische Stimme auf dieser europäischen Ebene sowohl im Stil als auch im Inhalt in einer hervorragenden Art und Weise macht, und obwohl ich erst 42 Jahre alt bin, darf ich sagen, dass man da als 42-jähriger sogar alt aussieht gegenüber dem Sebastian, wenn er das so macht. (Applaus! Ja, da darf schon geklatscht werden.)

Weil ich heute euren Landeshauptmann das erste Mal kennenlernen durfte, wissen Sie, wir Bayern sind ja erfahren in selbstbewussten Ministerpräsidenten, wir wissen ja wie das ist mit selbstbewussten Landesvertretern, aber ich muss schon sagen, also ihr in Österreich habt die Methode sozusagen in der Weiterführung der Monarchie auf demokratische Art und Weise perfektioniert, so wie ihr das macht. Respekt! (Applaus)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich habe in den Beiträgen, die ich jetzt hören durfte, wo ich ja zuhören durfte, ja, immer wieder gehört, man muss mit Europa kritisch umgehen, ich habe gehört Kritik an den einzelnen Positionen, was in Europa alles schief läuft, was man da alles diskutieren muss. Wissen Sie, ich möchte einmal ganz anders beginnen. Ich bin seit elf Jahren Mitglied im Eu-

ropäischen Parlament, Europapolitiker seit elf Jahren, und ich sage Ihnen, in der ersten Legislaturperiode hat Europa eine ganz große Aufgabe angepackt, nämlich zu sagen, wir stellen uns an die Spitze auf dieser globalen Ebene und packen den Klimawandel an.

Europa hat sich das Ziel gesetzt, 40 Prozent einzusparen. Wir haben Gesetze gemacht, ich komme aus Niederbayern, die BMW und Audi massiv belasten. Europa ist der Flügelstürmer bei der Frage „Kampf gegen den Klimawandel“. Beim G7-Gipfel in Elmau haben die Japaner als zweit-ambitionierteste Region dieser Welt, Industrienation dieser Welt, ein Ziel von 28 Prozent ausgegeben, und wir Europäer 40 Prozent. Ich glaube, darauf kann man stolz sein für diesen Kontinent, dass wir ambitioniert sind.

In der zweiten Periode, in der ich tätig sein durfte dann im Europäischen Parlament, die letzten fünf Jahre, hatte wir eine, ja wahrscheinlich die größte Krise, die wir jemals hatten in der Europäischen Union zu managen, über die redet gar keiner mehr: die Finanz- und Wirtschaftskrise.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir haben heute Strukturen aufgebaut, dass wir die großen Finanzstrukturen unseres Kontinents Gott sei Dank jetzt endlich gemeinsam überwachen. Ich habe immer das Beispiel gebracht, ich habe mein Haus finanziert bei meiner Raiffeisenbank vor Ort, da kommt ein deutscher Beamter der BKFin und überprüft jeden Kredit, schaut jeden Beleg nach und überprüft alle Bürokratie, die dahinter steckt in Perfektion wie wir Deutschen das halt so machen, und ich glaube, ihr Österreicher seid da auch ganz gut drauf, und dann habe ich mir die Frage gestellt, wer kontrolliert denn eigentlich, wenn die Hypo-Vereinsbank, die von der Unicredit-Gruppe übernommen worden ist, Milliarden von München nach Mailand abzieht, wer kontrolliert denn das überhaupt, die Eigenkapitalstruktur der Großkonzerne? Wer hat denn überhaupt das Know-how der Deutschen Bank, den Investmentbankern in London auf die Finger zu schauen, überhaupt das Know-how, denen auf die Finger zu schauen?

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir haben in den letzten fünf Jahren die europäische Bankenaufsicht europäisiert. Wir bauen jetzt bei der EZB Strukturen auf, die das Großkapital in den Griff nehmen und zumindest die Chance haben, zumindest die Chance haben, in den globalen Strukturen, in denen wir

heute leben, Antworten geben zu können.

Jetzt habe ich nur zwei Beispiele genannt. Ich möchte, dass wir einmal ein bisschen optimistischer über die Frage reden. Und ich sage Ihnen einen noch größeren Zusammenhang. Am Rednerpult steht jetzt jemand, der 42 Jahre alt ist. Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich bin die erste Generation in meiner Heimat, in Bayern, die auf einem Kontinent leben darf, der auf dem gesamten Kontinent in Frieden und Freiheit leben darf. Mein Vater war die erste Generation, der Gott sei Dank in Frieden leben durfte, aber die Hälfte unseres Kontinents war in seiner Generation hinter dem Eisernen Vorhang weggesperrt: Totalitarismus usw.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, mein Großvater hat mir noch wie ich ein junger Bub war, ein Kind war, wie wir am Hof bei ihm daheim waren in den Ferienzeiten, von seinen Kriegserfahrungen berichtet. Und deswegen, meine sehr verehrten Damen und Herren, wenn ich Ihnen sage, mit 42 Jahren bin ich die erste Generation, die auf dem ganzen Kontinent in Frieden und Freiheit leben darf, mein Gott, warum sind wir so verzagt, wir sollten doch einmal stolz sein auf das, was wir in diesem Europa geleistet haben und mit diesem Selbstbewusstsein die Herausforderungen, die Digitalisierung, miteinander anpacken. Europa sollte sich mehr zutrauen und sollte stolz auf das sein, was es geleistet hat.

Das wäre meine erste Botschaft, die ich Ihnen vermitteln will.

Dann gehe ich in den Maschinenraum. Dann kommen wir zu den konkreten Themen, die anstehen. Meine sehr verehrten Damen und Herren, zunächst die Fragestellung, ist Europa überhaupt in der Lage sozusagen sich zu ändern, wenn Kritik da ist? Sind wir lernfähig? Ich darf einmal seit einem Jahr die größte Fraktion anführen. Mit Jean-Claude Juncker hat meine Parteienfamilie, die Europäische Volkspartei, die Wahlen gewonnen, und wir konnten ihn dann zum Kommissionspräsidenten machen. Wir wollen Europa demokratischer machen, indem wir Spitzenkandidaten anbieten, vor der Wahl sagen, wer soll Europa nachher führen? Und auch mit der Idee, das mit dem Programm zu verbinden, das man dann nachher abarbeitet – wie das auf jeder normalen demokratischen Ebene üblich ist. Und die Macht dieser Idee, dass wir mehr Demokratie praktizieren, die hat sich dieses Jahr, im letzten Jahr, Bahn gebrochen. Ich kann Ihnen

sagen, als ich das erste Mal von David Cameron eingeladen worden bin in die Downing Street 10 kurz nach meiner Wahl als Fraktionschef, als ich ihn versucht habe zu überzeugen, dass Jean-Claude Juncker gar nicht einmal der Schlechteste für Europa ist – das ist mir nicht gelungen, das muss ich dazu sagen, okay, aber ich hab's versucht –, meine sehr verehrten Damen und Herren, habe ich erlebt, dass diese Macht der Idee, dass man nämlich Demokratie in Europa praktiziert, von niemandem aufzuhalten ist, und da haben wir dieses Jahr einen großen Fortschritt gemacht.

Was heißt das praktisch? Das heißt praktisch, dass ich als EVP-Kandidat, CSU-Kandidat bei mir zuhause, aber als EVP-Kandidat meinen Wählern zum Beispiel versprochen habe, Europa muss nicht alles regulieren. Im Januar diesen Jahres haben wir im Europäischen Parlament ein Gesetz beschlossen, in dem steht drinnen, dass die Frage, ob in Niederösterreich gentechnisch verändertes Saatgut ausgebracht wird von euren Bauern oder nicht, dass das nicht europaweit zentral entschieden werden kann, sondern entweder auf nationaler Ebene oder sogar auf regionaler Ebene im Landtag entschieden werden kann, und das ist gut so. Wir geben Kompetenzen zurück! Das haben wir versprochen, das machen wir!

Wir haben versprochen, dass wir uns um das Große kümmern und aus dem klein-klein raushalten. Im letzten Amtsjahr von Barroso wurden achtzig neue Gesetze in einem Jahr auf den Tisch gelegt und Jean-Claude Juncker, obwohl er neu im Amt ist, obwohl er, wenn man neu ins Amt kommt, ja viele Ideen hat, ist ja logisch, legt nicht achtzig neue Gesetze vor, sondern genau 23!

Wir konzentrieren uns auf das Wesentliche, auf das, worauf es in Europa ankommt und versuchen das zu gestalten.

Lassen Sie mich ein drittes Beispiel sagen für das, was wir liefern wollen als Demokraten, als Wahlkämpfer, die etwas versprochen haben, was wir liefern wollen. Ich habe meinen Bürgern versprochen, dass Europa in den nächsten Jahren vorsichtiger werden muss mit dem immer immer Größerwerden, ich habe den Bürgern gesagt, dass wir über einen Beitritts-Stopp reden müssen. Meine sehr verehrten Damen und Herren, Jean-Claude Juncker hat bei seiner Regierungserklärung im Europäischen Parlament gesagt, die nächsten fünf Jahre – in der Legislaturperiode, die wir entscheiden können –, gibt es keine Erweiterung der Europäischen Union. Wir haben in Europa genug Aufgaben zu lösen, bevor

wir über neue Mitgliedsstaaten nachdenken. Das mag nicht jedem gefallen, meine sehr verehrten Damen und Herren, vor allem Partnerländern, die auf der Suche nach Anbindungen an Europa sind, ich weiß, aber wir brauchen mehr Klarheit und mehr Ehrlichkeit bei diesen Debatten.

Da liefern wir. Jetzt in einer Koalition, wir sind in Europa auch gezwungen, darf ich so schlapsig sagen, mit den Sozis zusammenzuarbeiten, ich darf das als Parteipolitiker so formulieren, in aller Partnerschaft haben wir die Aufgabe, die Zusagen, die wir den Wählern gegeben haben, jetzt umzusetzen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, deswegen lassen Sie mich sagen, wir wollen liefern, und in Europa gibt es Kulturwandel, wenn man sich darum kümmert, wenn man Politik macht. In Europa wird Politik nicht von Bürokraten entschieden, sondern sie wird von Politikern entschieden – im Ministerrat und im Europäischen Parlament, und das ist gut so.

Jetzt geht es um die Frage, wie die großen Aufgaben zu klären sind, die jetzt vor uns liegen. Es wurden einige Punkte angesprochen, und ich beginne auch mit der Migration. Da ist zunächst einmal die Erfahrung, wenn ich sozusagen, Sebastian, du hast noch nicht gesprochen, wenn ich die beiden Außenminister vergleichen würde, Herr Landeshauptmann, sie haben es gesagt gehabt, die Quote ist eigentlich dringlich, wir brauchen eigentlich eine faire Lastenverteilung auf europäischer Ebene, und wenn die Kommission mit solchen europäischen Vorschlägen kommt, Solidarität in Europa zu praktizieren, dann hören wir von vielen Mitgliedsstaaten nur ein Nein nach dem anderen, wenn aber dann die Mitgliedsstaaten wieder andere Interessen haben, zum Beispiel die Polen, die sagen, wir brauchen einen engagierten Ansatz gegenüber der Ukraine, gegenüber Russland, dann sagen auch manche, die da weniger so stark betroffen sind, wie die Italiener oder die Spanier, nein, nein, nein.

Wir müssen als Mannschaft denken. Du gibst mir das, ich gebe die das, so funktioniert Politik, und so kommen gute Ergebnisse heraus, und deswegen hoffe ich, dass wir jetzt die Debatten zur Migration nicht mit einem nein beginnen, sondern mit Alternativvorschlägen, mit konstruktiven Vorschlägen wie wir die Aufgaben gemeinsam anpacken. Zum Paket gehört natürlich mehr dazu, nicht nur die Lastenverteilung. Es gehört die Seenotrettung, eine rein humanitäre Frage mit dazu, es gehören, meine sehr verehrten Damen und Herren, die Fragestel-

lung dazu, dass die Verfahren optimiert werden müssen, und es gehört auch die ehrliche Aussage dazu, dass abgelehnte Bewerber auch wieder zurückgeführt werden müssen.

Wenn Staaten aus der Dritten Welt, mit denen wir Entwicklungshilfe praktizieren, wo wir helfen wollen, dass dort gute Lebensbedingungen entstehen, wenn wir mit denen eben Entwicklungshilfe praktizieren, aber die andererseits ihre Staatsbürger, die abgelehnt worden sind, nicht zurücknehmen, dann finde ich auch, dass wir darüber reden müssen, das ein Stück weit anzuziehen, also denen ein Stück weit auch sagen, liebe Freunde, wenn wir Partnerschaft praktizieren, dann heißt das, dass ihr eure Bürger auch wieder zurücknehmt, wenn die abgelehnt sind. Punkte, die im Raum stehen, die wir anpacken müssen in Europa.

Ein zweites großes Themenfeld ist – wie meine Vorredner bereits beschrieben haben – der Frieden auf diesem Kontinent, der, man glaubt es ja fast nicht, wieder zur Debatte steht. Ich möchte zunächst eines nur einmal sehr deutlich sagen für meine Gesamtfraktion, wir haben das lange diskutiert, das können Sie sich vorstellen, nämlich zum einen einmal klarzustellen, wer der Verursacher dieser Debatte ist, dieses Konflikts ist.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, zunächst wurde uns erzählt, es seien dort nur russische Truppen im Urlaub, Sie erinnern sich, das wurde uns erzählt. Mittlerweile räumt Putin unumwunden auch in öffentlichen Statements ein, dass russische offizielle Truppen auf ukrainischem Staatsgebiet im Einsatz sind. Es wurde uns erzählt, dass wirklich keine russischen Waffen geliefert werden, das stünde außer Frage. Wenn Sie einen alten Atlas herausziehen und einmal die Landgrenze der Ostukraine sich anschauen, dann werden Sie feststellen, dass es nur eine Landgrenze gibt. Per Hubschrauber sind sie nicht eingeflogen worden, wenn ich das einmal so sagen darf.

Wenn ich noch ein drittes Beispiel sagen darf, ich bin nämlich bei der Sicherheitskonferenz dieses Jahr, steht der offizielle Vertreter der russischen Föderation, nämlich der Außenminister Lawrow am Rednerpult und sagt vor der versammelten Weltdiplomatie den Satz, dass wir – Russland – hätten ja die Krimbürger wenigstens abstimmen lassen, ob sie Bürger Russlands werden wollen, und die hätten mit 97 Prozent hochdemokratisch zugestimmt, die Bürger der DDR hingegen seien nie gefragt worden, ob sie Deutsche werden wollen. Spä-

testens dann, wie gesagt, sitzt man auf seinem Platz und denkt sich, in welcher Welt lebe ich jetzt gerade, was erlebe ich jetzt gerade?

Wir haben es mit einer neuen geopolitischen Herausforderung zu tun, und wer es nicht glaubt, den darf ich nochmal darauf verweisen, dass wir in dieser Woche im Europäischen Parlament eine harte Debatte zu Russland hatten, und da steht Le Pen auf, Front National-Chefin, Präsidentschaftskandidatin für das nächste Mal, steht auf und sagt – offiziell bestätigt, das können Sie in der Dokumentation des Parlaments nachlesen –, dass sie mit über 40 Millionen Euro von russischen Banken finanziert wird, von französischen Banken hätte sie für ihre Bewegung kein Geld mehr gekriegt, und sie hätte deswegen bei Putin anknöpfen müssen, um Geld zu kriegen.

Wir haben eine black-list von Kollegen, die nicht mehr einreisen dürfen nach Russland, viele Kollegen bei mir aus meiner Fraktion sind da auf dieser Liste, die keine Einreisegenehmigung mehr bekommen und gleichzeitig wird in St. Petersburg eine Veranstaltung von Rechtspopulisten und Rechtsradikalen – auch Österreichern – dort veranstaltet. Wer das nicht wahrnimmt, meine sehr verehrten Damen und Herren, ist blind.

Wir werden herausgefordert, es steht das Projekt der europäischen Einheit zur Debatte, es steht die Frage zur Debatte, ob man uns spalten kann, oder ob wir zusammen bleiben, und deswegen geht es um eine große Herausforderung, und die Antwort, die wir gegeben haben, erstens, es gibt keine militärische Lösung, keine Frage, eine Nuklearmacht kann man nicht herausfordern, zweitens, wir müssen die Sanktionen machen, obwohl sie auch uns betreffen, ja, wir dürfen nicht wegschauen, und drittens, trotz aller Enttäuschung, und ich kann aus den Gesprächen mit Angela Merkel wirklich davon berichten, trotz der Enttäuschung des Alltags, wenn man ein Telefongespräch führt, auflegt und zwei Stunden später in der Agenturmeldung genau das Gegenteil von dem drinsteht, was vereinbart worden ist, trotz der Enttäuschung immer wieder miteinander reden, die Diplomatie wirken lassen. Das Schlimmste, was passieren könnte, wäre, wenn wir nicht mehr miteinander reden.

Die Aufgabe, die vor uns steht, meine sehr verehrten Damen und Herren, ist gewaltig, und ich bedanke mich ja bei den Außenministerkollegen, dass es gelingt, Einheit zu halten. Wir werden im Juni über die Verlängerung der Sanktionen

reden, und ich hoffe, dass es gelingt, hier Stabilität und die Einheit Europas zu erhalten.

Den letzten Punkt, den ich ansprechen möchte, ist wahrscheinlich die größte Aufgabe für uns in Europa. Meine sehr verehrten Damen und Herren, das ist die auch vom Landeshauptmann angesprochene Frage der Wirtschaftsentwicklung. Wir werden unseren Kontinent nicht stabilisieren, wenn wir der Jugend dieses Kontinents keine Zukunft geben. Jeder fünfte Jugendliche auf diesem Kontinent hat keine Arbeit, ist arbeitslos. Das spüren wir vielleicht in unseren Räumen – bei euch in Niederösterreich, bei mir in Bayern – nicht so intensiv, aber in Europa ist das das Top-Thema. Dieser Generation müssen wir eine Zukunft geben und dafür brauchen wir Wachstum und Wirtschaft.

Da brauche ich nur vergleichen wie die Länder Europas sich so entwickeln, um zu sehen, was richtig und falsch ist. Ungarn wurde beschrieben als eines der Beispiele für Wachstum, für Zukunft. Ich sage Ihnen auch Irland, ich sage Ihnen auch Spanien, ich sage Ihnen Portugal, vielleicht werden Sie überrascht sein, weil das sind ja die Programmstaaten, das sind ja die Krisenstaaten. Ja, genau, diese Krisenstaaten, die in den letzten Jahren den Druck hatten, Reformen durchzuführen, sind heute unsere Wachstumslokomotiven, und damit ist doch klar, wer in die Zukunft führt, der, der Mut hat, seine Strukturen auf Globalisierung anzupassen und dabei nicht Werte verlieren muss, aber sie modernisieren muss. Das ist immer Aufgabe von Politik, sie in der neuen Zeit anzupassen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, dem Modell wollen wir folgen, Europa muss sich verändern in die heutige Welt hinein, Mut haben, Strukturen anzupassen. Und, meine sehr verehrten Damen und Herren, wir dürfen keine Angst vor offenen Grenzen beim Welthandel haben. Diese Woche haben wir über TTIP beim Europäischen Parlament sehr strittig diskutiert, und ich kann Ihnen da nur sagen, wir wissen als Europapolitiker und im Europäischen Parlament wird dann final auch genehmigt werden müssen die Frage, wir wissen natürlich, dass die hohen EU-Standards beim Verbraucherschutz, bei Tierschutz und all den Themen wir verteidigen müssen, anders werde ich auch nicht zustimmen, das steht doch außer Frage.

Aber, meine sehr verehrten Damen und Herren, wenn ich dann andererseits Debatten über den Investorenschutz höre, über die Schiedsgerichte. Cecilia Malm-

ström, die EU-Kommissarin, die dafür zuständig ist, hat vorgeschlagen, lasst uns doch diese Schiedsgerichte aus der privaten Rechtsanwaltsband rausnehmen und überführen in einen nationalen, internationalen Handelsgerichtshof zwischen der EU und den USA, transparent und demokratisch gestalten, rechtsstaatlich gestalten diese Fragen, die da vor uns stehen. Spätestens, wenn so ein Vorschlag auf den Tisch liegt, und man immer noch dagegen ist, dass man zumindest einmal miteinander redet, wissen Sie, dass man zumindest verhandelt miteinander, wer dann immer noch gegen das Verhandeln ist, der will keinen Fortschritt in der Sache, der betreibt Ideologie, meine sehr verehrten Damen und Herren.

Das muss man deutlich sagen. Lasst uns doch wenigstens einmal miteinander reden und vielleicht mit der Ambition, nicht zu sagen, was müssen wir alles verteidigen, sondern vielleicht einmal mit der Ambition zu sagen, erstmals sitzen den Amerikanern ein Wirtschaftsblock gegenüber, der größer ist als sie. Vielleicht könnte man die Diskussion auch einmal so führen, dass man mit den Amerikanern redet und sagt, wenn Amazon, Google und facebook bei uns in Europa Geld verdienen wollen – und die wollen Geld verdienen, glauben Sie's mir –, dann könnten die doch vielleicht einmal einige unserer Datenschutzstandards übernehmen. Vielleicht könnte man so einmal diskutieren und nicht diskutieren im Sinne von wo müssen wir überall Angst haben, wenn wir mit den Amerikanern reden. Das wäre zumindestens das, was wir brauchen, damit Wirtschaft vorankommt, weil welthandel-offene Grenzen die Grundlage für unseren heutigen Wohlstand sind.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich sage sozusagen aus dem Maschinenraum des Europäischen Parlaments heraus, Mut haben, anpacken, ich sage, sich den Themen zuwenden und den Mut haben, auch europäisch zu denken und ich sage zu guter Letzt, meine sehr verehrten Damen und Herren, dass wir vielleicht auch angesichts der britischen Frage, die in den nächsten Wochen auf dem Tisch liegt – ich durfte vor zwei Wochen bei David Cameron das zweite Mal sein, bei seinem Privathaus zuhause, wo wir uns ausgetauscht haben und darüber diskutiert haben –, und da stand so eine Formulierung wie die „Ever Closer Union“ in der Debatte. Im Lissabon-Vertrag steht, in der Präambel, als Idee einer immer enger zusammenwachsenden Union, und die wird in Großbritannien stark attackiert diese Idee. Ich habe David Cameron gebeten, einfach einmal ein paar Wörter weiter zu lesen, weil, wenn man nämlich den ganzen Satz liest, dann steht dort „Wir Europäer verpflichten uns zu einer ‚Ever Closer Union of

Peoples‘, nicht auf Institutions, nicht auf States – of Peoples“.

Was bringt den die Idee Europas besser zum Ausdruck als dieser Satz. Da möchte ich gerne mit den Briten darüber streiten, warum es angesichts der blutigen Jahrhunderte, die wir auf dem Kontinent erlebt haben, nicht eine wunderbare Idee ist, in diese Ever Closer Union of Peoples zu denken, an Menschen zu denken, an Citizens zu denken. Ich würde dafür werben, ich würde dafür kämpfen, und dafür ist auch die Wachau ein guter Ort.

Danke schön.

(Applaus)